

Rede, gehalten am 8.9.2016 in Wanfried und Treffurt beim Friedensmarsch zwischen den beiden Städten über die einstige Ost-West-Grenze von Wolfgang Lieberknecht für die Demokratische Werkstatt Wanfried:

„Wladimir Ossipow ist Musiker im russischen Orchester Istra und kommt seit 1991 alle zwei Jahr zum Internationalen Blasmusikfest nach Bad Orb. Er sagte uns gestern beim Begegnungsabend, dass er sehr traurig ist, dass sich in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland wieder so verschlechtert haben. Erst in dieser Woche kam es wieder zu gefährlichen Fast-Flugzeugbegegnungen von US-amerikanischen und russischen Flugzeugen an der russischen Grenze. Nicht zum ersten Mal.

Viele unserer Medien und Politiker sehen in Vladimir Putin den Schuldigen für die Verschlechterung!

Wir haben vom Hamburger Russlandexperten Kai Ehlers am vergangen Samstag eine andere Antwort erhalten. Sie deckt sich mit dem was der Eschweger Autor Rolf Hochhuth uns berichtet und auch die beiden US-Friedensorganisation erklären, die uns zur heutigen Veranstaltung Grußworte geschickt haben.

In den USA wurde danach von einflussreichen Kreisen Gorbatschows Öffnung der Grenzen nicht als Chance auf eine friedliche Welt gesehen. Viele US-Politiker erklären immer wieder, dass die USA das Recht hätten, die Welt zu führen. Sie fürchteten nun: Ein gemeinsamer Raum von Lissabon bis Wladiwostok mit der westeuropäischen Technik und Russlands Rohstoffen ist eine Gefahr für die Vorherrschaft ihres Staates. Und es gibt in den USA eine einflussreiche Kraft, die die Politik stark prägt: Die Rüstungsindustrie und die in ihm investierten Banken. Der frühere US-Präsident Eisenhower hatte die Amerikaner und die Bürger der Welt in seiner Abschiedsrede gewarnt: Die mächtigen Produzenten von Rüstungsgüter brauchen Spannungen und Kriege für ihre Geschäfte. Und sie haben in Politik und Verwaltung der USA sehr viel Einfluss.

Nun aber hatte die US-Regierung, wie die deutsche Regierung Gorbatschow versprochen: Wenn Deutschland als Ganzes Mitglied der Nato werden kann, dehnen wir die Nato keinen Zentimeter über Deutschland hinaus Richtung russische Grenze aus. Selbst die Auflösung der Nato war im Gespräch. Doch die Rüstungswirtschaft drängte die US-Regierung, nicht abzurüsten trotz der Auflösung des Warschauer Paktes und auch die Nato nicht aufzulösen. Und tatsächlich rüsteten die USA weiter auf, anders als die europäischen Länder. Und die US-Regierung drängte die Nato, die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes in die Nato aufzunehmen. Die Umrüstung von deren Armeen bedeutete viele neue Aufträge für die die US-Wirtschaft. Das Angebot an die osteuropäischen Staaten, Mitglied der Nato zu werden, machte die US-Regierung noch in der Zeit Jelzins, der nie als Bedrohung für osteuropäische Länder dargestellt wurde. In einer Zeit, in der Putin in Russland und der Welt noch weitgehend unbekannt war.

Die deutsche und die französische Regierung wehrten sich lange gegen die Ausdehnung der Nato nach Osteuropa. Am Ende erfolglos. Und auch in den USA warnten viele, dass dieser Schritt das gewonnene Vertrauen zu Russland wieder zerstören wird und die Welt wieder in den Kalten Krieg zurückführen wird.

Wladimir Putin sprach vor 15 Jahren im Deutschen Bundestag. Seine Rede wurde mit stehenden Beifallsbekundungen bedacht. 2007 aber änderte sich das Bild, das die Medien von Putin zeichneten, durch ein Ereignis. Wladimir Putin kritisierte bei der Münchner Sicherheitskonferenz die US-Regierung. Mit ihren militärischen Interventionen, etwa im Irak, zerstöre sie immer mehr

Länder und schiebe das Völkerrecht an die Seite. Sie breche zudem durch das Vorrücken ihrer Soldaten an die russische Grenze das Russland gegebene Versprechen. Weder die UNO, noch die EU hatten es wie Putin gewagt, diese Politik der US-Regierungen öffentlich zu kritisieren und sie ihr entgegenzustellen.

Durch diese Rede fiel Putin bei den Mächtigen im Westen und v.a. den Mächtigen in den USA in Ungnade. Da war vom Konflikt in der Ukraine und um die Krim noch keine Rede. Die Medien fingen von einem Tag auf den anderen an, Russland und Wladimir Putin in einem neuen, fast nur noch schlechten Licht darzustellen.

Die meisten Russen sehen aber Putin ganz anders. Westliche Medien und Politiker hatten in der Zeit vor Putin, der Jelzin-Ära nichts an der russischen Politik auszusetzen, aber in Russland war diese Zeit für die Menschen eine Katastrophe: Die Lebenserwartung der Menschen sank wie nach einem Krieg. Betriebe wurden geschlossen, Rohstoffe gingen in die Hände einer kleinen Gruppe von Oligarchen oder an westliche Firmen. Chaos und Gewalt breiteten sich im Land aus. Und Putin schaffte es, erst einmal wieder Stabilität herzustellen und den Menschen wieder ein geregeltes Leben zu ermöglichen. Dafür sind viele Russen ihm dankbar, wenn sie auch undemokratische Methoden und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Russland beklagen. Und er wird auch als Garant gegen die militärische Einkreisung von den USA und ihrer Verbündeten gesehen. Russland ist nicht bereit, sich den Interessen der US-Mächtigen zu unterwerfen, sondern sieht sich als das, was das Land nach der UN-Charta ist, als gleichberechtigt es Mitglied der UNO und des UN-Sicherheitsrates. Zudem sorgen die westlichen Militärinterventionen in immer mehr Ländern auch dafür, dass sich der radikale Islamismus entwickeln konnte, der auch Russland stark bedroht.

In seinem Grußwort zur heutigen Veranstaltung berichtet uns David Swanson aus Virginia in den USA von einer Fernsehdebatte vor wenigen Tagen: Dort hatte der ehemalige Botschafter in Moskau erklärt: Die Manöver und die Stationierung von Raketen und Truppen an der russischen Grenze seien keine Bedrohung Russlands. Es ginge dabei nur um die Schaffung neuer Jobs für die US-Wirtschaft. Auch die beiden Präsidentschaftskandidaten würden vor allem über die Notwendigkeit von neuen Kriegen reden, berichtet der US-Friedensaktivist. Frau Clinton kündigte vor wenigen Tagen an, dass sie auch militärisch gegen Russland oder China vorgehen werde, wenn sie Angriffe im Internet feststellen würde. Was ein militärischer Angriff auf zwei Atomkräfte bedeuten würde, können wir uns gar nicht ausmalen.

David Swanson aus den USA lobt unsere heutige Initiative als beispielhaft und vorwärtsbringend: Es sei toll, dass die Bürgermeister zweier Städte, die früher zu gegnerischen Blöcken gehörten, jetzt gemeinsam zu diesem Friedensmarsch aufrufen mit dem Orchester aus Russland.

Das Orchester Istra kommt nach Deutschland im Rahmen einer Bürgerpartnerschaft. Bürger aus Deutschland und Russland haben sie nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebaut, weil sie selbst dazu beitragen wollten die alte Feindschaft zu überwinden und das Fundament für eine dauerhafte Zusammenarbeit zu legen. Im Rahmen dieser Partnerschaft haben sich viele Tausend Menschen aus Russland und Deutschland freiwillig und gleichberechtigt kennenlernen können, haben sich gegenseitig in den Familien besucht. Viele Freundschaften sind entstanden. Einmal die Bedeutung auch für unser Leben kommt etwa im Bericht eines der russischen Besucher aus Istra zum Ausdruck: Ich bin so froh, euch kennenzulernen, erklärt er: Er saß in der Zeit des Kalten Krieg an Raketen, die auf Deutschland gerichtet gewesen sind.

Was können wir tun? Erinnern wir die Politiker weltweit: 1945 nach 60 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg versprachen die Siegermächte in der UNO-Charta, zukünftig alle Konflikte nur noch mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie gründeten die UNO als gemeinsame Weltorganisation, um den Krieg für immer von der Welt zu verbannen. Vor allem US-Präsident Roosevelt drängte auf den Aufbau dieser Organisation. Sie sollten eine von allen Staaten gemeinsam getragene Friedensordnung schaffen. Roosevelt begründete dies damit, dass der nächste Krieg vor allem auch angesichts der damals aufkommenden Atomwaffen der letzte der Menschheit sein würde.

David Swanson aus den USA sieht in unserer heutigen Aktion einen Schritt auf dem Weg, die Welt zusammenzubringen. Er hofft, dass wir in Deutschland dran bleiben. Und diese Aufgabe stellt uns auch unser Grundgesetz: Es ist ein weltbürgerliche Verfassung: In Artikel 1 steht: „Das Deutsche Volk bekennt sich zur Sicherung der Menschenwürde zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! So hatte Gorbatschow einmal die Führung in der DDR gewarnt. Wir können das auch als eine Warnung an uns alle heute hören. Tatsächlich warnte Michael Gorbatschow vor wenigen Woche vor einer Eskalation des Konflikts zu einem Krieg.

Wir danken allen die heute zu der Veranstaltung gekommen sind, zuerst dem Orchester aus Istra, das weiterhin an uns in Deutschland glaubt, und vor allem auch den beiden Bürgermeister, die unsere Idee zu dem heutigen Marsch aufgegriffen haben. Den russischen Musikern sagen wir: Nehmt die Botschaft mit nach Russland: Wir werden alles tun, dass eine Eskalation vermieden wird, dass der in den vergangenen Jahren entstandene Konflikt wieder überwunden wird und wir zusammen auch vor allem für unsere Kinder eine friedliche und gerechte Welt aufbauen.“
Für die Demokratische Werkstatt Wanfried, Wolfgang Lieberknecht